

P]	an	zei	Lch	en
----	----	-----	-----	----

Zeichenerklärung

Rechtsbezug

ART DER	ZAHL DER
NUTZUNG	VOLLGESCHOSSE
GRUND-	GESCHOSS -
FLÄCHEN-	FLACHEN -
ZAHL	ZAHL
BAU -	DACH -
WEISE	NEIGUNG

Füllschema der Nutzungsschablone

crenze des raumtichen G	ltungsbereichs
nicht überbaubare Grunds überbaubare Grundstücksi Baugrenze	The second second

§ 9(7) BBauG

§ 9(1)2 BBauG § 23(3) BauNVO

1	1	1
	M	V

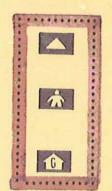
WR

Reines Wohngebiet

§ 3 BauNVO

Allgameines Wohngebiet

§ 4 BauNVO



Schule

Kindergarten

Flächen für den

Geneinbedarf.

§ 9(1)5 BBauG

Kirchliches Zentrum

z=||| z=|||

z= 111/V

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

Zahl der Vollgeschosse zwingend

Zahl der Vollgeschosse Mindestgrenze, Höchstgrenze

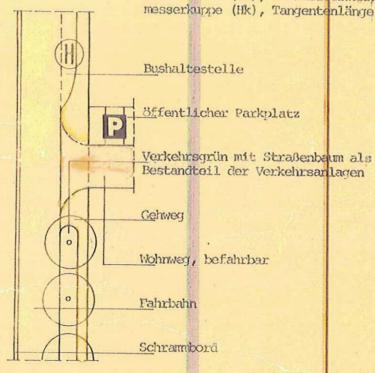
§ 17(4) BauNVO

z=11=1+1UG

1 Vollgeschoß, talseitig ein als Vollgeschoß zu zählendes Untergeschoß

0.3	Grundflächenzahl (GRZ) Geschoßflächenzahl (GFZ)) entsprechend den Einschrie-) ben im Plan, jedoch höchsten) entsprechend der im Bebau-) ungsplan ausgewiesenen über-) baubaren Flächen in Verbin-) dung mit der zulässigen Ge-) schoßzahl,	S
α	abweichende Bauweise Gebäude mit einer grö zulässig.	wie offene Bauweise jedoc Beren Länge als 50 m	h § 22(4) BauNVO
Ô	offene Bauweise, nur Einz und Doppelhäuser zulässig	elhiuser	§ 22(2) BauNVO
Ô	offene Bauweise, nur Haus	gruppen zulässig	§ 22(2) Baunvo
g FLD	geschlossene Bauweise		
28-35° SD	nur Flachdächer zulässig nur Satteldächer zulässig)	§ 111 BO
WD	nur Walmdächer zulässig) Dachneigung nach) Planeinschrieb)	
	Leitungsrecht		5 9(1)21 BBauG
	Hauptfirstrichtung zwingen	1	§ 9(1)2 BBaug
- * * * * * -	Grenze unterschiedlicher re	estsetzungen	
	Grenze unterschiedlicher Nu	psand	

Verkehrsflächen und ihre Höhenlage § 9(1)11 BBauG Visierbruch (VB), Hallmesserwanne (Hw), Hall-messerkuppe (Hk), Tangentenlänge (T), Bogenstich (y)





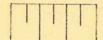
Trafostation

§ 9(1)12 BBauG



Kinderspielplatz, öffentliche Grünfläche

§ 9(1) 15 BBauG



Böschungen

zum Anschluß der Baugrundstilcke an die öffentlichen Verkehrsflächen notwendig

§ 9(1)26 BBauG



Flächen für Garagen (Ga), Gemeinschaftsgaragen (GGA) § 9(1)11 BBauG



Flächen für Stellplätze

Fläche für Tiefgarage

3. Bebauurgsplanänderung 17.05.93

überdachter Stellplatz



Sichtflächen, max. Pflanzhöhe 0,80 m über Str-niveau § 9(1)11 BBauG mit Ausnahme von hochstämmigen Büumen

Pareissipa .

In Ergänzung zum Plan und zur Zeichenerklärung wird folgendes festgesetzt (1. und 2.) und auf folgendes hingewiesen (3.).

Dieser Bebauungsplan ersetzt den am 6.5.1968 rechtsvorbindlich gewordenen Bebauungsplan "Kreuzerfeld" einschl. aller nachfolgenden Änderungen.

Planungsrechtliche Festsetzungen

BauNVO v.

notwendige Stellplätze und Garagen sind zulässig Rollen burg

22. Feb. 1983 1. auf den überbaubaren Grundstücksflächen 2. auf den gekennzeichneten Flächen für Garagen und Stellplätze. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen können notwendige. Stellplätze und Garagen im Rahmen des § 23 Abs. 5. Bau NVO zugelassen werden, falls die Möglichkeiten nach Ziffer 1 und 2 ausgeschöpft sind.

icht notwendige Stellplätze sind nur auf den Grund- § 9(1)4 BBau stücksteilen zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und überbaubarer Grundstücksfläche zulässig;

1.3 über die im Bebauungsplan festgesetzten Verkehrsgrünflächen sind keine Grundstückszufahrten zulässig;

9(1)25 BBa

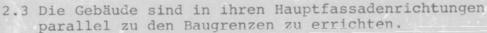
Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

111 LBC -Württem 6.1972

Die Gebäudehöhen werden durch maximal zulässige Trauf - und Firsthöhen wie folgt festgesetzt :

3	Dachneigung	Traufi bei Fl	höhe OK Attik LD	ka Firsthöhe
1.	15 - 20°	Z=I	3.50	6.25
2.	28 - 35 °		3.50 6.50	8.75 11.75
3.	35 - 45 °	Z = I	3.50	10.50
4.		Z = III	9.50	3. Bebauungsplanänderung 17. 05. 1993

2.2 Als Dacheindeckung sind nur rote, braune und dunkle Materialien zugelassen.



2.4 Außenantennen sind im gesamten Planbereich zulässig. Parabolantennen müssen farblich an den Hintergrund angeglichen werden. 3. Bebauungsplanänderung 17.05.93



- 3. Hinweise
- 3.1 Auf den Baugrundstücken soll das natürliche Gelände nicht wesentlich verändert werden.
- 3.2 Die Erdgeschoßfußbodenhöhen werden im Genehmigungsverfahren von der Baurechtsbehörde festgelegt.
- 3.3 Dem Baugesuch sind mind. zwei amtliche Geländeschnitte über das Baugrundstück beizufügen.
- 3.4 Werden bei Ausgrabungsarbeiten bisher nicht bekannte Fundstellen angeschnitten, ist das Landesdenkmalamt -Außenstelle Tübingenumgehend zu benachrichtigen.

VERFAHRENSVERMERKE

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 07 11 78

gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBI. I S. 2257, 3617) vom Gemeinderat der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar beschlossen und am 13.12.79

öffentlich bekannt gemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2a Abs. 1 BBauG erfolgte am

19.12.79.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat hat gemäß § 2a (6) BBauG am 18, 11, 80

den Bebauungsplanentwurf und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat gemäß § 2a (6) BBauG vom

bis

einschließlich öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar am

.12.05.81.....

als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BBauG mit Erlaß des Regierungspräsidiums Tübingen vom

21.12.1981

7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 12 BBauG am

22.03. 1982

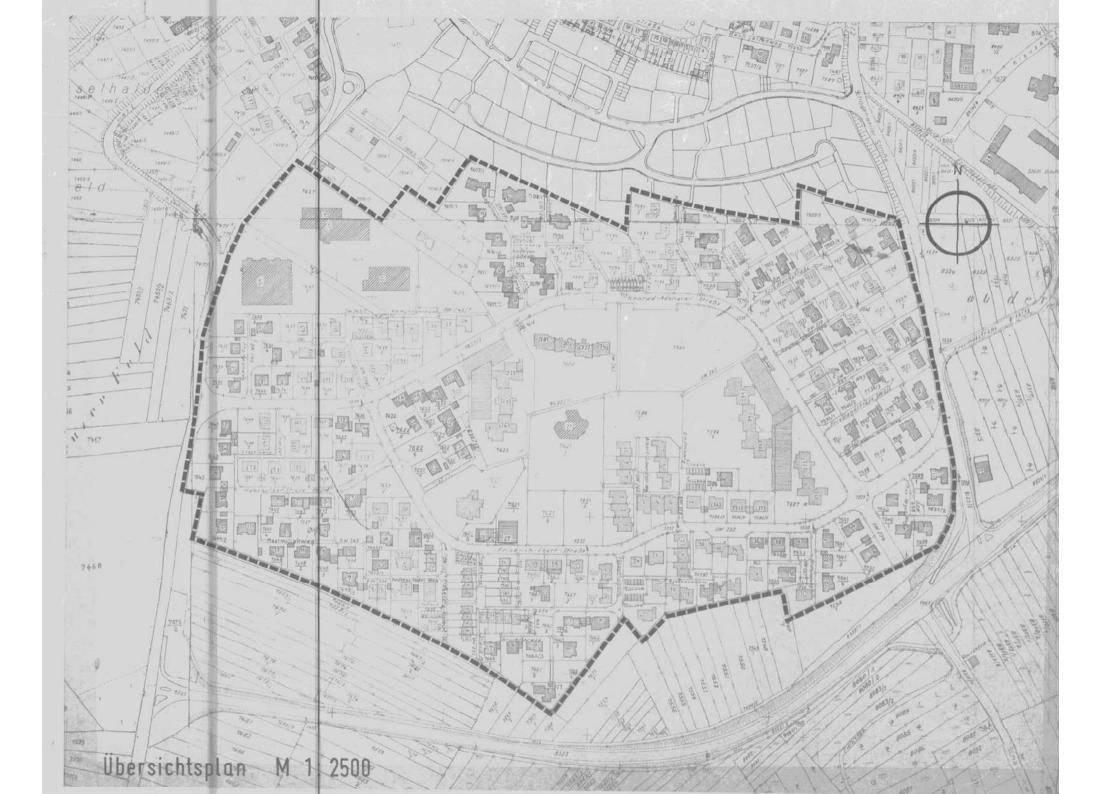
ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich.

ROTTENBURG AM NECKAR, den . 14.09.1981

OBERBÜRGER



LEITER DES STADTPLANUNGSAMTES



3. Bebauungsplanänderung.
1. Änderungsbeschluß gem. § 2 (4) Baugesetzbuch (BauGB) vom 08:12:1986 (BGBI, I 2253) am. 25:02:1992
2. Bürgerbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB am
3. Auslegungsbeschluß gem. § 3 (1) BauGB am. 25.02.1992
4. Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung vom von 18.05.92 bis 17.06.92 in der Fassung vom von 02.11.92 bis 01.12.92 in der Fassung vom 1705.93 von 21.06.93 bis 20.07.93 5. Satzungsbeschluß gem. § 10 BauGB am 14.09.1993
Oberbürgerneister 6. Anzeigeverfahren gem. § 11 BauGB Verfügung des Regierungsprasidiums Tübingen vom. 09.11.1993
7. Ausfertigung Rottenburg a. N., den missigning Oberbürgermeister 8. Inkrafttreten misser ertsüblichen Bekanntmachung gem. § 12 BauGB am. 21.12.1993
Mit dieser Bekanntmachung wurde die Bebauungsplan- änderung rechtsverbindlich. Rottenburg a. N., den. 21,12,1993

Bebauungsplanänderung

1. Änderungsbeschluß gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz (BBauG vom 18.8.1976 (BGBI. I S. 2257, 3617) am 09. 11. 1982
2.Bürgerbeteiligung gem. § 2a (1) BBauG am
3. Auslegungsbeschluß gem. § 2a (6) BBauG am 09. 11. 1982
4. Offentliche Auslegung gem. § 2a (6) BBauG vom 27.12.1982 bis 28.01.1983
5. Satzungsbeschluß gem. § 10 BBauG am 22.02.1983
6. Genehmigung durch das Regierungspräsidium Tübingen am 05. 07. 1983 Nr. 13 -42/412.1-1026/83
7. Inkrafttreten mit der ortsüblichen Bekanntmachung der Genehmigung gem. § 12 BBauG am. 11. 01. 1984
ROTTENBURG AM NECKAR, den 22.02.1983
Oberbürgermerster 3 Lexter des Stadtplanungsamtes
Für diese Bebauungsplanänderung giltelie Baunutzungsverordnung vom 15. 9. 1977 (BGBI. 15.9.163)